

Einbringung des Doppelhaushaltes 2018/2019

Sehr geehrte Damen und Herren Stadträte,

nach intensiver Vorbereitung darf ich heute den Doppelhaushalt 2018/2019 für den Hoheitshaushalt und die Werke einbringen. Für beide Jahre zusammen weist das Zahlenwerk des Kernhaushalts Erträge in Höhe von 125,6 Millionen Euro und Aufwendungen in Höhe von 130,6 Millionen Euro im Ergebnishaushalt aus. Hinzu kommen noch Einzahlungen für Investitionen von insgesamt 6,5 Millionen Euro und Auszahlungen in Höhe von insgesamt 14,1 Millionen Euro. **Das Gesamtvolumen des Kernhaushaltes und der Eigenbetriebe umfasst im Doppelhaushalt 2018/2019 Ausgaben und Einnahmen in Höhe von jeweils 220 Millionen Euro.** Damit haben wir einen Rekordhaushalt mit einem noch nie dagewesenen Volumen.

Der Haushalt mit den dazugehörigen verwaltungsinternen Vorbereitungen und den Beratungen in den Ortschaftsräten sowie dem Hauptorgan - dem Gemeinderat - gibt Gelegenheit, die bisherige Politik der Stadt auf den Prüfstand und die Weichen für die Zukunft zu stellen. Die heutige Vorlage der Jahresrechnungen mit der erbetenen Feststellung für das Jahr 2015 gibt mir darüber hinaus die willkommene Gelegenheit, an die Ergebnisse früherer Jahre anzuknüpfen.

Die letzte Darlehensaufnahme im Kernhaushalt stammt aus dem Jahr 2007 und führte zu dem dann erreichten höchsten Schuldenstand im Kernhaushalt in Höhe von 11,1 Millionen Euro. Wir haben seither keine Darlehen aufgenommen und werden bis Ende des Jahres 2017 dadurch im Kernhaushalt den Schuldenstand auf 3,3 Millionen Euro zurückführen können. Dies hat uns im Bereich der Darlehenszinsen deutlich entlastet, Spielräume in den laufenden Haushalten eröffnet, aber auch für wichtige Investitionen der Zukunft. **Parallel dazu haben wir** in der vorgelegten Jahresrechnung 2015 **einen Endbestand an liquiden Eigenmitteln** - also bereits gekürzt um die Ermächtigungsübertragungen und die nicht in Anspruch genommenen Kreditaufnahmen - **von 6,6 Millionen Euro, zum Ende des Jahres 2016 waren es dann 6,1 Millionen Euro.** Hiervon sind 1,4 Millionen Euro für bestimmte Zwecke (Stellplatzablöse, Pflegestützpunkt und Eigenanteil Sanierungsmittel Illenau) gebunden. **Nach Abzug der Zweckbindungen verbleiben somit zum Ende des Haushaltsjahres 2016 freie liquide Eigenmittel in Höhe von 4,7 Millionen Euro.**

Parallel dazu hat sich das im Kernhaushalt ausgewiesene Vermögen kontinuierlich gesteigert: von einer Bilanzsumme in Höhe von 162 Millionen Euro bei der Eröffnungsbilanz für das Neue Kommunale Haushaltsrecht zum 01.01.2012 über 175 Millionen Euro Ende 2015, ausweislich der vorgelegten Jahresrechnungen auf 185 Millionen Euro zum 31.12.2016.

Wir haben also Vermögen vermehrt und gleichzeitig Schulden abgebaut. Hierfür waren viele Faktoren verantwortlich. Es war aber nicht zuletzt auch das Ergebnis struktureller Weichenstellungen durch den Gemeinderat und einer sehr fachkundigen und auch sehr engagierten Arbeit der Mitarbeiter der Stadtverwaltung, für die die IHK in ihrer jüngsten Studie die geringste Personal-Kostenquote der Großen Kreisstädten im Gebiet der IHK bestätigt.

Eine besondere Herausforderung sehen wir bei der Schuldenentwicklung für die Werke. Gerade im Abwasserbereich, wo keine Gewinne gemacht werden dürfen, ist es geradezu systemimmanent, dass die Verschuldung weiter steigen wird, wenn wir über den vorhandenen Bestand hinaus zusätzlich investieren. Um den Anstieg zumindest im Bereich des Eigenbetriebs Stadtwerke zu bremsen, haben wir uns dazu entschlossen, die im Kernhaushalt im Jahr 2018 eingeplante Abführung des Gewinns des Jahres 2016, die zu einem Großteil aus der EWO-Beteiligungsgesellschaft kommen mit einem Gesamtgewinn von über 1,3 Millionen Euro in 2016, auf das vorgesehene Maß zu deckeln. Überschießende Gewinne in Höhe von 360.000 Euro wollen wir zur Stärkung des Eigenkapitals bei den Werken verwenden, um so den Bedarf an Fremdkapital zu reduzieren.

Eine solide Finanzwirtschaft ist aber kein Selbstzweck sondern wichtig, um die Belastung der Bürgerinnen und Bürger zu begrenzen.

Der jetzt vorgelegte Doppelhaushalt setzt auch hier ein klares Signal: Die wesentlichen Steuern und Gebühren sollen nicht erhöht werden:

Grundsteuerzahler und Gewerbesteuerzahler sollen nicht stärker belastet werden als bisher und profitieren damit von der Stabilität gleichbleibender Hebesätze. Die Grundsteuer A wurde 1995, die Grundsteuer B 2010 zuletzt angehoben. Der Hebesatz für die Gewerbesteuer ist seit 2011 konstant. Ebenso wollen wir auch die Gebührenzahler für Wasser und Abwasser nicht stärker belasten und damit die in etwa gleich bleibenden Gebühren für das Wasser seit 01.01.2015 und für die Entwässerung seit 01.01.2014 fortsetzen. Für die Abwassergebühren kann ich sogar eine Gebührensenkung in Aussicht stellen. Auch sonstige Gebühren wollen wir stabil halten. Lediglich für die Vergnügungssteuer haben wir ganz bewusst im Sinne einer Lenkungsfunktion eine Erhöhung für die Glücksspielautomaten vorgesehen.

Demnach soll zum 01.04.2018 eine Erhöhung des Hebesatzes von 17 % auf 20 % der Nettokasse umgesetzt werden.

Nach der Fertigstellung der Sanierung und Neugestaltung des Schwimmbades mit dem letzten Teil der Sanierung des Umkleidegebäudes bis zur neuen Saison 2018 haben wir in das Schwimmbad rund 5 Millionen Euro investiert. Wir wollen deshalb hier die Gebühren moderat um 50 Cent auf den Tageseintritt und analog auch für die anderen Gebühren anheben, zumal der zusätzliche Komfort wie beispielsweise bei den Warmwasserduschen zu einer deutlichen Steigerung des laufenden Aufwands geführt hat, und bleiben damit aber immer noch unter den Gebühren aller Schwimmbäder der Region. Dies gilt insbesondere für familienfreundliche Tarife. Unverändert günstig wollen wir bei anderen Angeboten wie beispielsweise der Nutzung der Stadtbücherei bleiben.

Die Aufrechterhaltung und damit auch Sicherung der geschaffenen Vermögenswerte, aber auch die weitere Entwicklung der Infrastruktur ist uns ein ganz wichtiges Anliegen.

Nach zehn Jahren ununterbrochenem Betrieb mussten wir jetzt im Wasserwerk Rotherst den Rechner austauschen und wollen die Sanierung des Hochbehälters Bienenbuckel fortsetzen, außerdem eine neue Hauptverbindungsleitung durch die Pappelallee über die Pappelstraße durch die Acher bis hin zur Landesstraße L 87 und dann nach Fautenbach schaffen. Damit soll das Wasserwerk Rotherst auf möglichst direktem Wege mit dem Hochbehälter Waldsee und dem großen Pumpwerk in Oberachern verbunden werden, ebenso wie die Hochzonen von Oberachern und Fautenbach. Weitere Wasserversorgungsleitungen müssen wir sanieren oder ersetzen. Wichtig ist uns aber für die Wasserversorgung ein Zukunftskonzept zu entwickeln, wie die Trinkwasserförderung und die Trinkwasserverteilung langfristig bedarfsgerecht organisiert werden kann.

Die Umsetzung der Eigenkontrollverordnung mit der Sanierung etwaiger Schäden in der Abwasserentsorgung sowie die weitere Aufrüstung der Kläranlage bleibt ebenfalls ein wichtiges Anliegen. Perspektivisch wollen wir aber auch hier einen Qualitätssprung ins Auge fassen und die vierte Reinigungsstufe vorbereiten.

Durch die vierte Reinigungsstufe tragen wir zur Verwirklichung des Vorsorgeprinzips im Gewässerschutz bei, da die herkömmliche Klärtechnik nicht ausreicht, um die Spurenstoffe wie Mikroverunreinigungen, Arzneimittelrückstände oder Chemikalien aus dem Abwasser zu entfernen. Daher sollen im kommenden Frühjahr verschiedene Untersuchungen laufen und innerhalb einer Studie mögliche Verfahrensvarianten zur Elimination von Spurenstoffen untersucht und bewertet werden. Ein entsprechender Förderantrag zur Finanzierung der Studie wurde bereits beim Landratsamt gestellt.

Gerade im Bereich der Wasserversorgungsleitungen und des Kanalnetzes für Abwasser ist eine enge Abstimmung mit Straßensanierungsmaßnahmen vorgesehen. 2,4 Millionen Euro haben wir für pauschale Sanierungsmaßnahmen für Straßen, Wirtschaftswege, Brücken und anderes bereitgestellt. Diese Mittel sollen bedarfsgerecht beispielsweise bei den Wirtschaftswegen in enger Abstimmung mit den Interessenvertretern der Hauptnutzer, dem Badischen Landwirtschaftlichen Hauptverband, eingesetzt werden. Das von der Stadtverwaltung in Abstimmung mit einem Fachbüro entwickelte Straßenunterhaltungsmanagement, das wir vorletzte Woche mit den aktuellen Zahlen im Bau- und Umweltausschuss vorgestellt haben, ist eine gute Grundlage, die Straßenunterhaltung sachgerecht und in Abstimmung mit Wasserversorgungsleitungen und Kanälen für Abwasserentsorgung vorzunehmen.

Die personelle Kapazität der Stadtverwaltung lässt es zu, dass wir hier etwa **6,5 Millionen Euro pro Jahr** bei gleich bleibendem Personalbestand investieren. Wir wollen ausdrücklich mit dem Gemeinderat im Rahmen der Haushaltsplanberatungen festlegen, welche Maßnahmen hier eingeplant werden sollen, ob wir im Rahmen des bisherigen Personalbestandes investieren oder hier die Investitionstätigkeit verstärken und auch personell entsprechend aufrüsten. Schon die aktuell als unabweisbar veranschlagten Haushaltsansätze zuzüglich der erwarteten Ermächtigungen liegen bei über 20 Millionen Euro und übersteigen die personellen Kapazitäten, die Projekte mit Priorität 1 sind dabei noch gar nicht eingerechnet.

Ein neues Thema im Bereich der Infrastruktur ist der Breitbandausbau. Breitbandausbau ist für die Zukunft ein wesentlicher Standortfaktor sowohl für Wohngebiete wie auch für Industrie und Gewerbe. Aktuell sind wir in der Großen Kreisstadt Achern diesbezüglich vergleichsweise gut ausgestattet. Bei deutlich über 90 % der Haushalte und damit in weiten Teilen der Wohngebiete erreichten wir 30 MBit und mehr. In den Industrie- und Gewerbegebieten besteht nach Rückfrage bei den Unternehmen ebenfalls größtenteils kein dringender Handlungsbedarf. Trotzdem wollen wir seitens der Stadtverwaltung hier tätig werden, bestehende „weiße Flecken“ durch den Breitbandausbau eliminieren und auch bei Bedarf in Gewerbegebieten Verbesserungen erreichen.

Ordnungspolitisch ist allerdings die Situation zumindest hinterfragenswert. In manchen Kommunen erleben wir, dass mit Millionenaufwand ein Backbone-Netz an die Kommune herangeführt und dort ein Ortsnetz realisiert wird.

Gleichzeitig wird für dieses Ortsnetz die wirtschaftliche Grundlage entzogen, weil die bekannten Konzerne die Parallelstrukturen jetzt aufbauen, in einen harten Wettbewerb eintreten und so Steuermittel zunichte gemacht werden.

Wir verfolgen für unsere Stadt ein Konzept in Absprache mit der Breitband Ortenau GmbH, das Steuermittel zielgerichtet eingesetzt, Lückenschlüsse zur Reduzierung unterversorgter Gebiete schließt und eine vernünftige Kooperation mit vorhandener Netzinfrastruktur realisiert wird. So wie wir bei der Stromversorgung oder Gasversorgung einen Netzbetreiber haben, dessen Netz für jeden Strom- und Gasanbieter zur Verfügung gestellt werden muss, brauchen wir für das Breitband einen „Open Access“ - einen diskriminierungsfreien Zugang - für jeden potentiellen Anbieter. Diesen Weg wollen wir gehen. Wir wollen aber auch effizient investieren und haben deshalb im nächsten Doppelhaushalt 1,29 Million Euro veranschlagt.

Wir wollen bestehende Infrastruktur erhalten, den Breitbandausbau vorantreiben, aber auch herkömmliche Infrastruktur weiter ausbauen. In diesem Jahr 2017 haben wir uns in besonderer Weise der Werbung für das Radfahren verschrieben. Tatsächlich haben wir in den letzten Jahren im Radwegeausbau gemeinsam mit dem Ortenaukreis in der Großen Kreisstadt Achern ein gutes Radwegenetz entwickelt: Allein von Wagshurst führen dadurch jetzt neue Radwege nach Renchen, nach Rheinbischofsheim sowie über Önsbach nach Mösbach und Waldulm und von dort nach Oberachern.

Wir wollen insbesondere auch die Radwegeverbindung von Wagshurst über die neugestaltete Maiwaldkreuzung und Memprechtshofen bis nach Gamshurst fortsetzen, ebenso aber auch im Bereich Großweier neue Radwegeverbindungen schaffen.

Wir haben eine E-Bike-Ladestation gemeinsam mit unserem regionalen Energiewerk Ortenau am Rathaus realisiert und wollen insgesamt als fahrradfreundliche Stadt mit vielen attraktiven Angeboten den Umstieg auf das gesunde und ökologische Fortbewegungsmittel Fahrrad attraktiv machen.

Zur Infrastruktur einer Gesamtstadt gehören auch Sport- und Festhallen, ebenso Sportplätze. Wir wollen die Sanierung der Sporthallen fortsetzen, beispielsweise mit dem im Bau- und Umweltausschuss vorgestellten Sanierungskonzept für die Maiwaldhalle in Wagshurst. Wir wollen Erweiterungsoptionen schaffen, beispielsweise in Sasbached. Über 700.000 Euro haben wir für Sanierungen und Investitionen für Sport- und Festhallen in den Haushaltsplanentwurf eingearbeitet, weitere 1,23 Millionen Euro als dringlich mit Priorität 1 grün in der Maßnahmenliste für die Beratungen empfohlen. Und wir wollen die Reihe von Neubauten von Sportplätzen, so wie es in den letzten Jahren schon in der Kernstadt, Fautenbach, Gamshurst, Mösbach, Oberachern und Önsbach geschehen ist, mit einem neuen Rasenplatz in Wagshurst, dem Bau eines Bolzplatzes in Großweier und dem vom Jugendgemeinderat geforderten Basketballfeld bei der ehemaligen Eishalle fortsetzen. Die Investitionskosten hierfür liegen bei über 700.000 Euro. Die Gesamtstadt Achern soll eine attraktive Stadt für Vereins- und Freizeitaktivitäten bleiben.

Aber auch hier wollen wir im Gemeinderat nochmals sorgfältig besprechen, welche Maßnahmen wir im Bereich Hochbau mit dem vorhandenen Personal leisten können, wo wir die Prioritäten setzen und wie viel wir mit dem vorhandenen Personal leisten können.

Etwa 5 Millionen Euro pro Jahr können wir mit den vorhandenen Mitarbeitern in der Fachgruppe Hochbau umsetzen. In 2018 sind diese Kapazitäten durch Ermächtigungen aus 2017 mit 1 Million Euro, 1 Million Euro für laufende Unterhaltungsmaßnahmen und 3 Millionen Euro für unabweisbare Projekte erschöpft. Für 2018 hätten wir noch freie personelle Kapazitäten für mit blau gekennzeichnete Prioritäts-Maßnahmen in einer Größenordnung von etwa 1,5 Millionen Euro. Die mit Priorität 1 blau markierten Vorhaben sind durchgehend dringlich, mit dem vorhandenen Personalkörper aber in den nächsten beiden Jahren nicht vollständig zu bewältigen.

Trotz einer soliden konjunkturellen Entwicklung kommen wir unter Druck, die laufenden Ausgaben mit den laufenden Einnahmen zu bewältigen. Dies liegt daran, dass uns immer wieder neue Aufgaben und Arbeiten – unterschiedlich sinnhaft – vom Gesetzgeber auferlegt werden oder aber auch durch den gesellschaftlichen Wandel zuwachsen.

Landesinformationsfreiheitsgesetz, Wärmegesetze, die Novelle der Landesbauordnung, die neue Datenschutzverordnung oder Änderungen beim Landespersonalvertretungsgesetz stehen nur beispielhaft für neue Vorgaben, die uns personell massiv belasten ohne dass für uns durchgängig ein Nutzen für unsere Stadt erkennbar ist.

Die verfassungsrechtlich zugesagte Konnexität, also der finanzielle Ausgleich bei zusätzlichen Aufgaben, wird definitiv nicht eingehalten. Wir bleiben auf den Mehrbelastungen sitzen. Dies gilt beispielsweise auch für den Bereich der Betreuung in unseren Kindertageseinrichtungen. Der Gesetzgeber hat uns hier einen Kindergartenanspruch auferlegt, der gesellschaftliche Wandel verlangt nach erweiterten Betreuungsangeboten. Wenn wir aber vom heutigen Stand des Jahres 2017 fünf Jahre zurückblicken und dann auf das zweite Haushaltsjahr des neuen Doppelhaushaltes nach vorne schauen, dann erhöht sich unser städtischer Zuschuss an kirchliche Träger von 2.481.807 Euro im Jahr 2012 auf 4.151.000 Euro für das Jahr 2019. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei den städtischen Kindergärten. Allein die Personalkosten erhöhen sich hier im gleichen Zeitraum von 2.485.000 Euro auf 3.628.000 Euro. Dieser Steigerung bei den Ausgaben für alle Kindertageseinrichtungen zusammen nur für den laufenden Betrieb in Höhe von 2.812.000 Euro stehen gerade einmal Einnahmeerhöhungen in Höhe von 452.000 Euro gegenüber: 26.000 Euro aus Kindergartengebühren und 426.000 Euro aus Landeszuweisungen. 2,36 Millionen Euro dieser Zusatzkosten trägt die Stadt. Wir wollen dieses Angebot. Wir sind auch zu weiteren Investitionen beim Ausbau der Kindergartenplätze bereit. Über 380.000 Euro haben wir als unabweisbar in den Haushalt eingearbeitet, blau und damit mit Priorität 1 in der Maßnahmenliste weitere 344.000 Euro vermerkt. Wir brauchen aber hierfür vom Land auch die entsprechenden finanziellen Mittel.

Die Große Kreisstadt Achern zählt neun Stadtteile. Wir beobachten eine Zentralisierung bei der Infrastruktur in unserem Land. Angebote von Einzelhandel, Banken oder Post in der Fläche werden ausgedünnt.

Mir ist aber eine gute Infrastruktur in den Stadtteilen wichtig und ein persönliches Anliegen. Deshalb kämpfen wir hart dafür, dass wir in allen Stadtteilen gute Betreuungsangebote in den Kindergärten haben, jeweils eine eigene Grundschule, eine eigene Abteilung der Feuerwehr bis hin zu einer eigenständigen Wohnbauentwicklung für den Eigenbedarf.

Neun starke Stadtteile machen für uns eine stärkere Gesamtstadt, als wenn da und dort der Motor stocken würde. Diese Politik der Dezentralität hat aber eindeutig ihren Preis. Die Grundschulen kommen teilweise an ihre Grenzen; deshalb haben wir bereits einen EDV-Beauftragten zur Unterstützung der Grundschulen eingestellt, haben die Stundenanteile der Ortsverwaltungen zur Unterstützung der Grundschulen erhöht und haben in dem hier eingebrachten Doppelhaushalt die Budgets für die Grundschulen jetzt nochmal von zwar 224 € im laufenden Jahr auf 272 € und damit um über 20 % angehoben, seit 2011 haben wir hier alleine bei den Schulbetriebsmitteln eine Steigerung von über 50 %, ohne dafür auch nur einen Cent Kostenersatz zu bekommen.

2.426.000 Euro haben wir für unabweisbare Maßnahmen an Schulgebäuden veranschlagt, weitere Projekte für über 380.000 Euro bewerten wir mit Priorität 1 als dringlich und suchen hierfür gemeinsam mit Ihnen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen Realisierungsmöglichkeiten.

Achern ist Schulstadt nicht nur als Lippenbekenntnis, sondern auch bei der Bereitstellung von Finanzmitteln im nächsten Doppelhaushalt.

Bei der Feuerwehr setzten wir ebenso weiterhin auf dezentrale Strukturen mit acht Abteilungen. Hierin sehen wir viele Vorteile allerdings auch die Tatsache, dass für alle Abteilungen immer wieder im Bereich der Feuerwehrgerätehäuser wie auch der Fahrzeugbeschaffung investiert werden muss.

So haben wir beispielsweise für den kommenden Doppelhaushalt die Anschaffung eines Mannschaftlöschfahrzeuges für Großweier, einen Mannschaftstransportwagen für Mösbach sowie einen Gerätetransportwagen für die Kernstadt mit insgesamt 315.000 Euro eingeplant sowie 62.000 Euro für weitere Beschaffungen.

Ganz persönlich halte ich diesen Achener Weg dezentraler Strukturen für richtig. Wir müssen uns aber bewusst sein, dass wir hier auch mit Maß vorgehen, gegebenenfalls die Grenzen erkennen oder auf der anderen Seite diese Mehrkosten über höhere Steuern finanzieren. Wir müssen uns beispielsweise überlegen, ob wir dem Wunsch nachgeben und jede Ortsverwaltung mit hohem Aufwand barrierefrei ausgestalten wollen oder ob wir für diesen Fall darauf hinweisen, dass für diese kleine Zahl von Kunden ein barrierefreier Zugang zu einem qualifizierten Dienstleistungsangebot im Rathaus Am Markt im dortigen Bürgerservicezentrum gegeben ist.

Eine wichtige und drängende Aufgabe sehe ich darin, ausreichend und bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und die dazu gehörende Infrastruktur zu entwickeln.

Hierfür haben wir durch Gemeinderatsbeschlüsse Weichen gestellt: Wir haben uns dafür ausgesprochen, dass bei bestimmten Baugebieten eine gewisse Quote mietgünstiger Wohnraum entstehen muss und wir wollen diese Gebiete kostenneutral für die Steuer- und Gebührenzahler entwickeln. Das vorhandene Eigentum der Stadt in den Illenauwiesen oder im Baugebiet Brachfeld IV stärkt die Position der Stadt und gibt uns verschiedene Handlungsoptionen.

Es liegt jetzt an uns, ob wir diesen erklärten politischen Willen im Spannungsfeld verschiedener Interessen zum Wohl der Menschen durchsetzen.

Wir wollen parallel in allen Stadtteilen das Angebot unterbreiten, kleine Baugebiete zu entwickeln. Der neu geschaffene § 13b des Baugesetzbuches macht hier ein Angebot; wir wollen dieses Angebot realisieren, wenn uns nach unseren Vorgaben Flächen für die Innerortsentwicklung oder auch Arrondierungen überlassen werden.

Mit einem neu gegründeten Eigenbetrieb können wir hier ein flexibles Finanzierungsinstrument schaffen. Allerdings weise ich ausdrücklich darauf hin, dass wir dann auch bei entsprechender Bereitschaft die entsprechenden zusätzlichen personellen Ressourcen im Bereich Stadtplanung, Tiefbau und Werke benötigen. Freie Kapazitäten hierfür stehen mit dem bisherigen Personalbestand definitiv nicht zur Verfügung.

Dezentrale Strukturen und attraktive Zentren sind kein Widerspruch, sondern verschiedene Bestandteile eines guten Ganzen. Achern braucht eine attraktive Kernstadt. Die Illenau ist zu einem attraktiven Behördenzentrum und Magneten geworden. Die Außenanlagen und Parkplätze um den Südostflügel und das Maison de France, die Sanierung der maroden Gebäudeentwässerung in diesem Bereich sowie die Karl-Hergt-Straße sind für uns zwingend. Rund 2 Millionen Euro werden hier nochmals aufzuwenden sein, nochmals 1,17 Millionen Euro Zuschüsse sollen zur Finanzierung beitragen.

Für den ehemaligen Kirchenraum gilt es jetzt noch das Sahnehäubchen zu entwickeln, weshalb wir entsprechende Planungsmittel vorschlagen; diese sind in den vorgenannten Beträgen enthalten.

Und schließlich brauchen wir ein Gesamtkonzept für die Stadtentwicklung, das zunächst aus drei Bausteinen bestehen soll: der Wohnbauflächen- und Gewerbeflächenentwicklung, der Innenstadtentwicklung und dem Verkehr. Begonnen haben wir mit der Innenstadt und dem Verkehr obgleich auch die ersten Schritte für eine gezielte Bauflächenentwicklung eingeleitet wurden.

Der Masterplan-Teil Innenstadt ist mit der Akteurbeteiligung und fachlichen Untersuchungen auf den Weg gebracht und wird Anfang des Jahres 2018 in den Gremien diskutiert. Für die Innenstadt brauchen wir ein Gesamtkonzept, das den Ansprüchen des Verkehrs, des Einzelhandels und nicht zuletzt der Nutzer der Innenstadt an den öffentlichen Raum genügt. In Teilen brauchen wir wohl auch einen Umbau der Innenstadt.

Hier haben wir mit Sicherheit spannende Diskussionen vor uns, aber wir erwarten auch zukunftsweisende Entscheidungen für unsere Stadt.

Mit dem eingebrachten Doppelhaushalt haben wir hierzu Planungsmittel, aber auch einen Ansparbetrag eingeplant; insgesamt sind 4,5 Million € veranschlagt. Ziel ist es, die nächsten beiden Jahre mit der Entwicklung des Masterplans zu nutzen, Finanzmittel bereits anzusparen und dann ab dem Jahr 2020 mit der Umsetzung beginnen zu können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der jetzt eingebrachte Doppelhaushalt ist in dem Dreiklang zu sehen: bewährte Strukturen erhalten und entwickeln - neue Bedürfnisse aufnehmen und annehmen - Visionen für die Zukunft gestalten.

In diesem Sinne freue ich mich darauf, wenn wir mit diesem Doppelhaushalt durch konstruktive und sachliche Beratungen die Grundlagen dafür schaffen, die positive Entwicklung unserer Stadt der letzten Jahre zu verstetigen und zusätzlich Dynamik zu entwickeln.